

Transparenz und (legislative) Souveränität im Konflikt Ungarn am Scheideweg



Nagy, Vaatz, Moderator Takács, Gulyás und Grund während der Diskussion.

Stehen deutsch-ungarische Beziehungen am Scheideweg? Wird die zuletzt sehr negativ gestimmte Berichterstattung über die aktuelle ungarische Regierung dauerhaft Schaden an den bilateralen Beziehungen anrichten? Dazu lud die Konrad-Adenauer-Stiftung jeweils zwei Parlamentarier der CDU/CSU und des Ungarischen Bürgerbunds (Fidesz) zur Diskussion ein.

Vor Vertretern von Politik und Wirtschaft kamen die vier Parlamentarier zusammen, um mit unerwartet offenen Worten die Probleme der deutsch-ungarischen Beziehungen anzusprechen und zu diskutieren. Dabei gaben sich die ungarischen Abgeordneten selbstbewusst und kämpferisch. Vordner György Granasztói (MdUP) sagte dazu, dass die Deutschen über die innenpolitische Situation in Ungarn aufgeklärt werden müssten. Ohne tiefergehende Erklärun-

gen aus erster Hand sei es für Außenstehende schwierig, die Entscheidungen der Regierung Orbán nachzuvollziehen. Es bleiben eine ganze Menge Fragen offen, die der Klärung bedürfen, so Granasztói.

Die Teilnehmer nahmen sich denn auch kein Blatt vor den Mund, als es darum ging, die Patzer und Fehlritte der Regierung Orbán anzusprechen. Abgeordneter Gergely Gulyás etwa gab unumwunden zu, dass die Regierung wichtige Gelegenheiten verpasst habe, ihren

internationalen Partnern die eigene Politik plausibel zu erklären. Zukünftig müsse sich die Regierung ihrer Informationspflicht bewusster sein. Sein Fraktionskollege Andor Nagy ergänzte, dass ohne weitere Erläuterung die Politik Orbáns auf die Partner im Ausland irrational gewirkt hätte. Orbán hat sich zu stark auf die Bedürfnisse des Innern konzentriert und dabei die Bedürfnisse seiner internationalen Partner aus den Augen verloren, so Nagy.

Zweierlei Maß in Europa

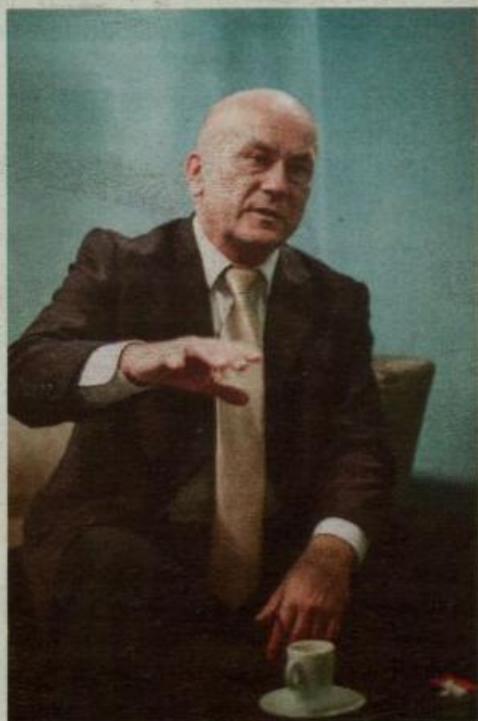
Dennoch waren sich beide Abgeordnete einig, dass die aktuelle Welle der Kritik, die Ungarn entgegenschlägt, ungerechtfertigt sei. Dabei beriefen sie sich auf das Souveränitätsrecht des Staates. In Brüssel habe sich scheinbar die Vorstellung durchgesetzt, dass die jüngsten Mitgliedsstaaten sich ausschließlich nach den Vorgaben Brüssels zu richten haben, kritisierte Nagy. Auch operiere die Europäische Union in vielerlei Hinsicht mit doppelten Standards, ergänzte Gulyás. Zwischen dem „alten und neuen Europa“, also zwischen den 15 alten EU-Mitgliedern und den insgesamt zwölf Neuankömmlingen werde mit zweierlei Maß gemessen. Wenn in Frankreich ein Lager illegal kampierender Zigeuner geräumt wird, interessiert das niemanden, während die ehrlichen Bemühungen der ungarischen Regierung, die Roma zu integrieren völlig ignoriert werden, so Gulyás. Es liege hier an der



Europäischen Union, die Bemühungen der Regierung Orbán anzuerkennen und gleichzeitig zu akzeptieren, dass ein Staat seine Politik auf souveräne Weise selbst gestaltet, ohne unnötige Einmischung seitens seiner Partner.

Rumänien als Vorbild der Integration

Unterstützung in diesem Punkt erhielt Gulyás vom deutschen Abgeordneten Arnold Vaatz, der



Abgeordneter Grund kritisiert vor allem die Steuerpolitik der Regierung.

die Integrationsbemühungen der ungarischen Regierung lobte. Vor allem im Vergleich zu anderen Ländern wie etwa Rumänien sind

die Integrationsmaßnahmen vorbildlich, so Vaatz. Im gleichen Atemzug rügte der Kollege allerdings auch den Umgang der ungarischen Politik mit seinen Investitionspartnern. So sei etwa die Einführung der branchenbezogenen Mehrwertsteuer sehr fragwürdig, sowohl für die Unternehmen als auch für die Bevölkerung. Langfristig sei ein solches Eingreifen des Staats in die Wirtschaft nicht wünschenswert, ergänzte der deutsche Kollege Manfred Grund. „Wenn selbst die großen Firmen sich gegen solche Gesetze nicht wehren können, sendet das negative Signale an kleine Firmen, die gegenüber dem Staat noch weniger Gewicht haben.“, sagte Grund dazu. Darüber hinaus habe die ungarische Legislative ein enormes Tempo an den Tag gelegt. Es habe wenig bis gar keine Übergangsfristen gegeben, was vor allem mittelständische Investoren abschrecken könnte.

Konsequenzen werden sich erst noch zeigen

Ob sich die gespannte Lage entspannen wird, scheint überwiegend in ungarischer Hand zu liegen. Es scheint, dass Ungarn auf internationaler Ebene zunehmend isoliert agiert, auch weil die derzeitige europäische Finanzkrise einer tiefgehenden Aufarbeitung der Probleme im Wege steht. Ob sich das enorme Tempo der Legislative bezahlt macht, wird sich erst in ein paar Jahren zeigen.

BENEDIKT DAMS